



Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten BezirksrätInnen in der Sitzung am 26.03.2026 nachstehenden

## **ANTRAG**

### **Antrag zur zukünftigen Errichtung von Anwohner\*innen-Parken im 15. Bezirk**

Die zuständigen Dienststellen der Stadt Wien werden ersucht weiteres Anwohner\*innen-Parken im 15. Bezirk zu prüfen und zu errichten.

#### **Begründung:**

Seit 1993 zeigt sich, dass das Parkpickerl positive Effekte wie den Rückgang von Tages- und Wochenpendler\*innen mit Nicht-Wiener-Kennzeichen mit sich gebracht hat. Das trägt zur Steigerung der Lebensqualität für jene Menschen bei, die auf das Auto angewiesen sind. Zusätzlich ist der Motorisierungsgrad in den letzten Jahren weiter zurückgegangen.

Weitere Flächen wurden für die Bevölkerung umgestaltet. So wurden unter Bezirksvorsteher Dietmar Baurecht der Neusserplatz, der Dingelstedtpark erweitert, die Hütteldorfer Straße und die Meiselstraße fahrradtauglich umgestaltet und mit mehr Grünflächen und Sitzgelegenheiten ausgestaltet. Damit werden nun mehr Schattenplätze in den immer heißeren Sommern garantiert. Derzeit steht die klimafitte Umgestaltung der Äußeren Mariahilfer Straße an. Damit soll ebenso die Aufenthaltsqualität für die Menschen und die Unternehmen verbessert werden.

Im Zuge der Schaffung des Helga-Pollak-Kinsky-Parks, der Ermöglichung der Zufahrten für Einsatzfahrzeuge in den engeren Gassen im Bereich zwischen Gürtel, der Grenz- und der Reindorfasse, wurde Anwohner\*innen-Parken eingeführt, um auch den Bedarf an Stellplätzen für die örtliche Bevölkerung zu garantieren. Vor kurzem wurde auch die Robert-Hamerling-Gasse verkehrlich verbessert. Maßnahmen, die naturgemäß die ruhenden Verkehrsbereiche minimieren. Um ein gutes Zusammenleben weiterhin für alle Verkehrsteilnehmer\*innen zu garantieren, ist im Bedarfsfall die Errichtung von Anwohner\*innen-Parken notwendig.

Abschließend möchte die Antragstellerin darauf verweisen, dass als Grundlage jene objektiven Erhebungsprozesse der Stadt Wien dienen und bittet um Unterstützung des Antrages.

Jakob Jensen-Lehner,

Klubobmann

**Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen in der Sitzung vom 26. März 2026 nachstehenden**

## **Antrag**

### **Errichtung von Taubenschlägen in Rudolfsheim-Fünfhaus**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien um Prüfung der Errichtung von Taubenschlägen an geeigneten Standorten im Bezirk, insbesondere im Bereich des Westbahnhofs sowie im Umfeld der Reindorfgrasse.

### **Begründung**

In Wien leben auf rund 400 Quadratkilometern Stadtfläche etwa 50.000 bis 60.000 Tauben. Seit Oktober 2022 betreibt der Wildtierservice Wien der MA49 Forst- und Landwirtschaftsbetrieb in der Schelleingasse beim Wiener Hauptbahnhof einen betreuten Taubenschlag. Laut Zwischenbericht des Magistrats zeigte diese Maßnahme positive Effekte auf den Gesundheits- und Ernährungszustand der Tiere und ermöglichte wirksame Schritte zur Populationskontrolle.

Durch artgerechte Fütterung wird die Kotproblematik reduziert (beim häufig wahrgenommenen halbflüssigen Taubenkot handelt es sich vielfach um Durchfall, der durch ungeeignete Fütterung entsteht). Zudem bieten Taubenschläge sichere Brutplätze, die gezielt zur Populationskontrolle genutzt werden können, indem Taubeneier durch Kunststoffattrappen ersetzt werden.

Mit dem Bereich rund um den Westbahnhof besteht im Bezirk ein Standort mit hoher Taubenpopulation. Gleichzeitig berichten Anwohner:innen im Umfeld der Reindorfgrasse seit längerem von einer starken Taubenpräsenz und entsprechenden Verschmutzungen im öffentlichen Raum.

Die Prüfung geeigneter Standorte für betreute Taubenschläge in diesen Bereichen erscheint daher sowohl aus Gründen des Tierschutzes als auch im Interesse der Hygiene und der Lebensqualität der Anrainer:innen sinnvoll.

Jakob Jensen-Lehner

Klubobmann

**Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen in der Sitzung vom 26. März 2026 nachstehenden**

**Antrag**

**Umwidmung eines Teils des Henriettenplatzes in eine Parkanlage und Benennung als „Fanny-von-Arnstein-Park“**

Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen und die erforderlichen Schritte einzuleiten, damit jener Teil des Henriettenplatzes, auf dem sich derzeit der Ballspielkäfig, der Tischtennistisch sowie die Kinderspielgeräte befinden, formal als Parkanlage ausgewiesen wird.

Mit der Ausweisung als Park soll auch eine entsprechende Parkstele errichtet werden, auf der gesammelt alle Informationen zur Anlage angebracht werden können. Dazu zählen insbesondere die Bezeichnung des Parks, Informationen zur Namensgeberin sowie die für die Nutzung geltende Benützungsbestimmungen.

Der neu entstehende Park soll den Namen „Fanny-von-Arnstein-Park“ erhalten.

**Begründung:**

Unmittelbar neben dem Henriettenplatz befindet sich die Arnsteingasse. Diese Straße ist nach dem Bankier und Großhändler Nathan Adam Freiherr von Arnstein benannt. Seine Ehefrau, Fanny von Arnstein, zählt jedoch zu den bedeutenden Persönlichkeiten des geistigen und gesellschaftlichen Lebens Wiens um 1800 und hat eine eigenständige Würdigung im öffentlichen Raum verdient.

Fanny von Arnstein war eine einflussreiche jüdische Salonnière und Intellektuelle und kann zugleich als eine frühe Vorreiterin der europäischen Idee verstanden werden. In ihrem Salon traf sich vor und während des Wiener Kongress` das „Who's who“ nicht nur Wiens, sondern ganz Europas. Diplomatie, Wissenschaft, Kunst, Klerus und Journalismus waren hier vertreten.

In diesen Zusammenkünften wurde nicht nur Kultur gepflegt – hier wurden Ideen ausgetauscht, politische Positionen diskutiert und internationale Netzwerke geknüpft. Fanny von Arnstein war dabei nicht nur Gastgeberin, sondern auch eine einflussreiche Meinungsmacherin. Ihr Salon verband Persönlichkeiten aus verschiedenen europäischen Ländern und politischen Lagern und wurde damit zu einem wichtigen Ort des intellektuellen Austauschs über die Zukunft Europas.

Auch kulturell hinterließ sie Spuren: Sie gilt als jene Persönlichkeit, die den Weihnachtsbaum beziehungsweise den Christbaum nach Wien brachte. Diese heute selbstverständliche Tradition war zu ihrer Zeit noch neu und verbreitete sich von ihrem Haus aus rasch in der Wiener Gesellschaft.

Bereits 1794 bezog die Familie Arnstein das ehemalige Sommerpalais der Erzherzogin Marie Christine am Brauhirschengrund.

Gerade vor diesem Hintergrund erscheint es angemessen, dass im Umfeld der bereits nach ihrem Ehemann benannten Arnsteingasse auch Fanny von Arnstein eine eigene Würdigung im öffentlichen Raum erhält. Als jüdische Intellektuelle und prägende Persönlichkeit der Wiener Gesellschaft des frühen 19. Jahrhunderts steht sie exemplarisch für eine oft unterschätzte Tradition weiblicher und jüdischer Beiträge zur europäischen Kultur- und Ideengeschichte.

Die Benennung einer Parkanlage nach Fanny von Arnstein würde daher sowohl einen lokalen Bezug herstellen als auch eine historisch bedeutende Persönlichkeit sichtbar würdigen. Gleichzeitig würde die formale Ausweisung der Fläche als Park die Möglichkeit schaffen, die geltenden Nutzungsregeln übersichtlich auf einer Parkstele darzustellen und die Anlage klar als öffentliche Grünfläche kenntlich zu machen.

Jakob Jensen-Lehner

Klubobmann



Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten BezirksrätInnen in der Sitzung am 26.03.2026 nachstehenden

## **ANTRAG**

### **Antrag zu Geschäftsstraßen-Parkplätzen im Bereich des Schwendermarktes**

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien sollen die Errichtung von Geschäftsstraßen-Parkplätzen in der Nähe der Äußeren Mariahilfer Straße im Bereich des Schwendermarktes überprüfen.

#### **Begründung:**

Im Bereich zwischen Gürtel und Clementinengasse ist für Kurzparker derzeit die Möglichkeit der Parkgarage in der Viktoriagasse gegeben. Eine zweite derzeit nicht öffentlich zugängliche Garage befindet sich in der Fuchsgasse. Im zweiten Bauabschnitt der Äußeren Mariahilfer Straße ist dies nicht der Fall. Dementsprechend sind für die dort vorhandenen Betriebe (Kfz-Werkstätte, Installateure, Lebensmittelhändler, ...) Geschäftsstraßen-Parkplätze vorzusehen.

Jakob Jensen-Lehner,

Klubobmann



Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten BezirksrätInnen in der Sitzung am 26.03.2026 nachstehenden

## **ANTRAG**

### **Antrag zur Ausgestaltung von Sitzmöbeln in der neugestalteten Clementinengasse in Regenbogenfarben**

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht auf der zukünftig neu gestalteten Aufenthaltsfläche bei Clementinengasse 28 jene multifunktionalen Freiraummöbel (genannt Parxs-Möbel) in den Farben des Regenbogens auszugestalten.

Damit soll an der wichtigsten und stark frequentierten Örtlichkeit auf der neugestalteten Äußeren Mariahilfer ein deutliches Zeichen für die Anliegen der LGBTIQ-Community gesetzt werden.

#### **Begründung:**

Die neuen Parxs-Möbel stellen einen Raum für Begegnung dar. Diese neu gestalteten Aufenthaltsfläche auf der Äußeren Mariahilfer Straße eignet sich auch deshalb dafür, weil sich im Bereich der Äußeren Mariahilfer Straße zwischen Clementinengasse und Arnsteingasse ein neues Grätzl etabliert, das durch den zukünftigen Supermarkt mehr Frequenz bedeutet. Zusätzlich befinden sich in der Nähe mehrere Schulen mit rund 1500 Schüler\*innen, die in diesem Bereich ihre Zu- und Aussteigmöglichkeiten haben. Wir schätzen, dass diese neugestaltete Fläche in der Clementinengasse von zu Fußgehende, Anwohnenden und Jugendlichen gut genutzt werden wird.

Diese neue Fläche soll deutlich ein Zeichen des Respektes für die LGTBIQ-Community sein. Die Fläche soll ein Symbol für Diskriminierungsschutz, Akzeptanz, Gleichberechtigung und Offenheit sein

Jakob Jensen-Lehner,

Klubobmann



Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten BezirksrätInnen in der Sitzung am 26.03.2026 nachstehenden

## **ANTRAG**

### **Antrag zur Wohnzonen-Widmung in Rudofsheim-Fünfhaus**

Die Bezirksvertretung möge beschließen: Die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien werden ersucht, die Widmung einer Wohnzone in Rudofsheim-Fünfhaus zwischen Westbahnareal (Avedikstraße/Schmelzbrückenrampe/Zwölfergasse/Westbahnhof) und Linker Wienzeile und Winckelmannstraße und Mariahilfer Gürtel/Sechshauser Gürtel zu prüfen.

#### **Begründung:**

Im Jahr 2023 wurde eine Resolution mehrheitlich in der Bezirksvertretung in Rudofsheim-Fünfhaus beschlossen, die „die Ausweisung der zusammenhängenden Wohngebiete des 15. Wiener Gemeindebezirks als Wohnzone gemäß §7a der Bauordnung“ fordert. Seit Juli 2024 gelten strengere Regeln im Bereich der Kurzzeitvermietung (z.B. über Airbnb). Hier dürfen Wohnungen nur maximal 90 Tage pro Jahr touristisch vermietet werden. Hierzu ist eine Ausnahmegewilligung der MA37 erforderlich. Diese Ausnahmegewilligung ist an Auflagen geknüpft (z.B. Zustimmung aller Eigentümer und Brandschutzvorschriften). Gemäß § 7a BO ist die „gewerbliche Nutzung für kurzfristige Beherbergungszwecke“ in Wohnzonen nicht zulässig. Die gelegentliche Kurzzeit-Vermietung bleibt auch in einer Wohnzone weiterhin erlaubt, solange die Nutzung zu Wohnzwecken überwiegt. Seit dieser Bauordnungsnovelle werden in Rudofsheim-Fünfhaus bereits bestehenden Kurzzeitvermietungen legalisiert. Innerhalb einer Wohnzone sind laut Bauordnung strengere Auflagen einzuhalten: Eine gewerbliche Nutzung wird nur unter strengeren Auflagen ermöglicht.

Der 15. Wiener Gemeindebezirk entwickelt sich weiter und wird mit der klimafitten Umwandlung der Äußeren Mariahilfer Straße und der Umsetzung einer zeitgemäßen Radinfrastruktur attraktiver auch für Reisende nach Wien. Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in Wien, dem mit diesem Antrag Rechnung getragen wird, indem auch die Bedarfe der Wohnbevölkerung nach ausreichendem und leistbarem Wohnraum im Bereich zwischen Linker Wienzeile und Westbahnareal nachgekommen wird.

Dieser Bereich steht im Fokus von Anbieter\*innen von Unterkünften, weil dieser Teil des Bezirks eine ausgezeichnete Anbindung durch den öffentlichen Verkehr (U3 und U4) aber auch durch eine perfekte Lage für Tourist\*innen bietet, zu Fuß oder per Rad gewünschte Ziele zu erreichen: Schloss Schönbrunn (2024: 4,7 Millionen am gesamten Schlossgelände und die schnelle Erreichbarkeit der Innenstadtlagen liegt in diesem Teil des Bezirkes auf der Hand. Diese Situation ist einzigartig für Bezirke außerhalb des Gürtels, die allgemein keine Wohnzonen haben. Ausnahme bildet hier ein Bereich nächst Schönbrunn im 13. Bezirk.



Die Lage des 15. Bezirks ist für Anbieter\*innen von Unterkünften von Vorteil, bietet aber auch den 15. Wiener Gemeindebezirk weitere wirtschaftliche Entwicklung für Arbeitsplätze vor Ort.

Es ist aber auch die Notwendigkeit für die Bevölkerung geboten in unseren Bezirk leistbaren und ausreichenden Wohnraum zu erhalten, da auch das Entwicklungspotenzial für mehr leistbaren Wohnraum im dichtbebauten 15. Bezirk nicht unbedingt vorliegt.

Dementsprechend sollen durch die Schaffung einer Wohnzone strengere Regelungen im Bereich zwischen Westbahnareal, Linker Wienzeile, Auer-Welsbach-Park und Gürtel zur Anwendung kommen.

Jakob Jensen-Lehner,

Klubobmann



**Gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen in der Sitzung 26. März 2026 nachstehenden Antrag:**

### **Verbesserung der Parkplatzsituation in der Huglgasse**

Die Bezirksvertretung Rudolfshheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien um Prüfung zur Verbesserung der Parkplatzsituation in der Huglgasse zwischen Märzstraße und Goldschlagstraße.

#### **Begründung:**

Durch die unmittelbare Nähe des Ingrid-Leodolter-Haus, der Wasserwelt und stark frequentierter Lokale in der Märzstraße, sowie der Taxistandplätze in der Huglgasse, ist die Parkplatzsituation für die Anrainer:innen in der Huglgasse zwischen Märzstraße und Goldschlagstraße angespannt.

Die Situation könnte etwa durch die Schaffung von Anwohner:innen-Parkplätzen oder durch die zeitliche Eingrenzung der Taxistandplätze auf die Hauptbesuchszeiten (z.B. 10-20 Uhr) verbessert werden.

Jakob Jensen-Lehner  
Klubobmann

Die unterzeichneten Bezirksrät\*innen der Fraktion KPÖ-LINKS stellen in der Bezirksvertretungs-Sitzung vom 26.03.2026 gemäß §24 GO-BV den folgenden Antrag

betreffend ungehinderter Durchgang „Auf der Schmelz“ und Oeversee Strasse 2B

## Antrag

Die Bezirksvertretung ersucht die zuständige Magistratsabteilung, im Bereich des Durchganges zwischen Auf der Schmelz und Oeverseestrasse 2B vis-a-vis Oeverseestrasse Hausnummer 45 (siehe Bilder) geeignete verkehrsrechtliche Maßnahmen zur Freihaltung des Zuganges zu prüfen und gegebenenfalls umzusetzen, insbesondere die Einrichtung eines Parkverbots oder entsprechender Bodenmarkierungen.

## Begründung

Im Bereich des genannten Durchganges kommt es regelmäßig zu Parkvorgängen unmittelbar vor dem Zugang. Bei dichter Parksituation wird dadurch die nutzbare Breite des Durchganges erheblich eingeschränkt bzw. verunmöglicht.

Dies führt dazu, dass ein ungehindertes Passieren für Fußgänger\*innen insbesondere jedoch für Personen mit Kinderwagen sowie Menschen mit Mobilitätseinschränkungen nicht mehr möglich ist.





Zur Sicherstellung der Barrierefreiheit und der sicheren Nutzung dieses öffentlichen Durchganges erscheint daher eine entsprechende Maßnahme erforderlich.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Antonie H. B.' or similar, written in a cursive style.

Die unterzeichneten Bezirksrät\*innen der Fraktion KPÖ-LINKS stellen in der Bezirksvertretungs-Sitzung vom 26.03.2026 gemäß §24 GO-BV den folgenden Antrag

Betreffend Verbesserung der Verkehrssicherheit – Versetzung der Stop-Tafel im Kreuzungsbereich Akkonplatz / Oeverseestraße

## Antrag

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus möge beschließen:

Die zuständigen Magistratsabteilungen der Stadt Wien werden ersucht zu prüfen und gegebenenfalls zu veranlassen, dass die Stop-Tafel im Kreuzungsbereich Akkonplatz / Oeverseestraße, vor der Liegenschaft Oeverseestraße 6, von der derzeitigen Position auf der linken Straßenseite auf die rechte Gehsteigseite versetzt wird.

## Begründung:

Die derzeit auf der linken Straßenseite angebrachte Stop-Tafel ist für Verkehrsteilnehmer\*innen teilweise schwer wahrnehmbar. Eine Versetzung auf die rechte Gehsteigseite – entsprechend der üblichen Anbringung von Verkehrszeichen – würde die Sichtbarkeit verbessern und damit zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen.



A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Christoph H. B.', written in a cursive style.



Die unterzeichneten Bezirksrät\*innen der Fraktion KPÖ-LINKS stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 26.03.2026 gemäß §24 GO-BV den folgenden Antrag betreffend weitere „orange Bänke gegen Gewalt an Frauen“ in Rudolfsheim-Fünfhaus

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Magistratsabteilungen MA 46 und MA 42, die Aufstellung weiterer oranger Bänke gegen Gewalt an Frauen im Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus umzusetzen.

So soll die Errichtung von jeweils einer weiteren orangen Bank im Reithofferpark sowie im Märzpark erfolgen.

### **Begründung**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus hat bereits am 23.02.2023 einen Antrag zur Aufstellung von orangen Bänken gegen Gewalt an Frauen beschlossen. In Umsetzung dieses Beschlusses wurde im Auer-Welsbach-Park eine erste orange Bank aufgestellt.

Dieser Schritt ist ein erstes, wichtiges Zeichen gegen Gewalt an Frauen. Gleichzeitig zeigt die Realität, dass es leider notwendig ist, solche sichtbaren Zeichen flächendeckend im Bezirk zu setzen, um das Bewusstsein für dieses gesellschaftliche Problem zu stärken und Solidarität mit Betroffenen zu zeigen.

Die Aufstellung weiterer oranger Bänke – etwa im Reithofferpark und im Märzpark – würde dazu beitragen, dieses Zeichen im öffentlichen Raum stärker zu verankern und die Aufmerksamkeit für das Thema Gewalt gegen Frauen im Bezirk weiter zu erhöhen.

Die unterzeichneten Bezirksrät\*innen der Fraktion KPÖ-LINKS stellen in der Bezirksvertretungssitzung vom 26.03.2026 gemäß §24 GO-BV den folgenden Antrag betreffend Fassadenbegrünungen als Maßnahme gegen Hitze in Rudolfsheim-Fünfhaus

### **Antrag**

Die zuständige Stadträtin Elke Hanel-Torsch wird ersucht, durch die zuständigen Magistratsdienststellen prüfen zu lassen, an welchen Gebäuden und Wohnhausanlagen im Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus, auf die die Stadt Wien Haus- und/oder Verfügungsrechte hat (z. B. Wiener Wohnen, WISEG, GESIBA u. a.), Fassadenbegrünungen rasch und unkompliziert umgesetzt werden können.

Dabei soll insbesondere geprüft werden, welche Standorte sich für kurzfristig umsetzbare Fassadenbegrünungen eignen und wie entsprechende Maßnahmen zeitnah realisiert werden können.

### **Begründung**

Rudolfsheim-Fünfhaus gehört zu den dicht bebauten Bezirken Wiens und ist besonders stark von sommerlicher Hitze betroffen. Viele Wohnungen – vor allem in unsanierten Altbauten – werden in Hitzeperioden zu Hitzefallen.

Fassadenbegrünungen sind eine sehr gute Maßnahme zur Verbesserung des Mikroklimas und zur Reduktion der Hitze in Gebäuden. Obwohl die Stadt Wien entsprechende Begrünungen für Private fördert, wurden sie an Gebäuden im Eigentum der Stadt bislang kaum umgesetzt.

Gerade dort, wo die Stadt selbst Eigentümerin ist, sollte sie rasch handeln und mit gutem Beispiel vorangehen.



## **Antrag betreffend die Fortführung und Ausweitung des Projektes „Wiener Wäldchen“ in Rudolfsheim–Fünfhaus**

Die unterfertigten Mitglieder der Bezirksvertretung Rudolfsheim–Fünfhaus stellen zur Sitzung der Bezirksvertretung am 26.03.2026 gemäß § 24 Abs. 1 GO–BV folgenden

### **Antrag**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim–Fünfhaus spricht sich dafür aus, dass bei zukünftigen Bodenentsiegelungen im Bezirk – sofern die jeweilige Fläche geeignet und ausreichend groß ist – anstelle einer herkömmlichen Grünfläche verstärkt „Wiener Wäldchen“ (Tiny Forests) angepflanzt werden. Darüber hinaus wird die zuständige amtsführende Stadträtin sowie die zuständigen Stellen des Magistrats der Stadt Wien ersucht, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen und die Umsetzung solcher Projekte verstärkt zu fördern.

Bitte um Zuweisung zur Vorberatung im zuständigen Umweltausschuss. Darüber hinaus wird angeregt, die zuständigen Magistratsabteilungen, insbesondere die MA 42 (Wiener Stadtgärten), in die weitere Behandlung einzubinden.

### **Begründung:**

Das „Wiener Wäldchen“ ist ein innovativer und zugleich pragmatischer Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Stadt Wien, insbesondere im Hinblick auf die angestrebte Klimaneutralität bis 2030. Das Projekt wurde bereits an mehreren Standorten erfolgreich umgesetzt und zeigt eindrucksvoll, wie auch kleine Flächen eine große Wirkung entfalten können.

Durch Verdunstung und Beschattung tragen diese kleinflächigen Wälder zur Abkühlung urbaner Räume bei und verbessern gleichzeitig die Luftqualität. Gleichzeitig entsteht auf begrenztem Raum eine hohe Biodiversität. Die dichte Pflanzweise führt zu einem beschleunigten Wachstum, sodass innerhalb von 15 bis 20 Jahren ein stabiler, naturnaher Miniwald entsteht.

Auch in zahlreichen anderen europäischen Städten haben sich vergleichbare Projekte als effektive Maßnahme zur Klimaanpassung etabliert.

Wien, am 26.03.2026



**Wien, am 19.03.2026**

**Antrag**

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** nachstehenden Antrag:

## **Errichtung von barrierefreien Spielgeräten im Auer-Welsbach Park**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats um die Errichtung von barrierefreien Spielgeräten im Auer-Welsbach Park. Folgende Spielgeräte sollen errichtet werden:

- Ein rollstuhlgerechtes Karussell
- Eine Teppichschaukel auf EPDM Fallschutzboden
- Ein befahrbares Spielgerät
- Unterfahrbarer Sandspielplatz

Dabei ist darauf zu achten, dass die Zufahrt zu den Spielgeräten mit einem Rollstuhl möglich ist (keine Fallschutzrinne).

### **Begründung**

Der Kinderspielplatz im Auer-Welsbach Park ist ein zentraler Aufenthaltsort für Familien im 15. Bezirk. Der gut ausgestattete Spielplatz schließt leider Kinder mit Behinderungen aus, da nur wenige der Spielgeräte mit einem Rollstuhl auf festen Wegen erreichbar sind und die meisten Spielgeräte für Kinder mit Behinderungen nicht oder nicht eigenständig nutzbar sind. Der Auer-Welsbach Park bietet eine hervorragende Gelegenheit zum Vorzeigebispiel für barrierearmes, gemeinsames Spielen aller Kinder im Bezirk zu werden.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht



**Wien, am 19.03.2026**

**Antrag**

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** nachstehenden Antrag:

## **Errichtung von Schattenpergolen und Trinkbrunnen für den Kinderspielplatz in der Haidmannsgasse**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats um die Errichtung einer stabilen Lamellenpergola über der Sandkiste im Haidmannspark. Zusätzlich ersucht die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus die zuständigen Stellen für die Errichtung eines Trinkbrunnens einen Wassermessschacht zu planen.

Der Bezirk wird gebeten den Wiener Stadtgärten entsprechendes Budget zur Verfügung zu stellen. (Siehe Antrag 11 der GA aus der Bezirksvertretungssitzung vom 06.11.2025 betreffend Trinkwasser und Schatten für den Haidmannspark)

### **Begründung**

Das Grätzl rund um die Haidmannsgasse ist nicht mit besonders vielen Grünflächen gesegnet. Der Haidmannspark bietet gerade für Jungfamilien die Möglichkeit eines kleinen Erholungsraumes vor der Haustür.

Durch die Errichtung eines Trinkbrunnens und die Beschattung der Sandkiste soll dieser auch längerfristig für alle gut nutzbar sein.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht



**Wien, am 19.03.2026**

**Antrag**

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** nachstehenden Antrag:

## **Gefahrenstelle Kranzgasse**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats Gefahrenstellen für den Schulweg auf der Kranzgasse zu ermitteln und Änderungsoptionen aufzuzeigen.

Es wird gebeten ein besonderes Augenmerk auf folgende Aspekte zu legen:

- Gehsteigverbreiterung entsprechend der Richtlinien der RVS,
- Mögliche Reduktion des Fahrtempos,
- Dauerhafte Sichtbeziehungen des KFZs um kleine Kinder bei unerwarteter Querung zu schützen.

### **Begründung**

Die Umgestaltung der Äußeren „Mahü“ gibt dem Bezirk die Möglichkeit die Gefahrenstelle rund um die Straßenbahnstation Mariahilfer Straße/Geibelgasse zu entschärfen. Am Schulweg zwischen besagter Station und den drei Schulen Bildungscampus Flora Fries, Oskar Spiel Schule und BORG15 Henriettenplatz liegt jedoch die Kranzgasse.

Diese graue Gasse zeichnet sich heute durch zu schmale Gehsteige und viele Gefahrenstellen bei der Querung aus. Die gerade, abschüssige Fahrbahn lädt zusätzlich zu erhöhten Tempo ein und erzeugt ein weiteres Sicherheitsrisiko.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht



**Wien, am 19.03.2026**

**Antrag**

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** nachstehenden Antrag:

## **Grundsatzbeschluss: Planungsbeauftragung Lärmschutz und Beschattung beim Pilotprojekt: Sportplatz Herklotzgasse**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats eine Planung für das Pilotprojekt Sportplatz Herklotzgasse zu starten.

Diese soll sowohl die Beschattung durch Käfigbegrünung, als auch die Lärmschutzelemente rund um die Tore beinhalten. Die Instandhaltung der Spielgeräte sowie die Erneuerung der Hochbeete sind ebenfalls zu forcieren. Wir bitten im Rahmen des Prozesses die Nutzer:innen des Käfigs sowie die Nachbar:innenschaft miteinzubeziehen.

Nach Erstellung eines Anforderungsprofils ersucht die Bezirksvertretung die MA 51 Sport Wien beratend bei der technischen Umsetzbarkeit eines Beteiligungsverfahrens tätig zu werden.

Um Zuweisung in die Bezirksentwicklungskommission wird gebeten.

### **Begründung**

Es gibt im Grätzl trotz einer Vielzahl an Schulen, Kindergärten und Vereinen sehr wenige Aufenthaltsflächen. Der Sportplatz in der Herklotzgasse ist daher wichtig. In seiner derzeitigen Form bietet er aber nicht die Qualität, die er haben könnte.

Hohe Lärmentwicklung für die Anrainer:innen bergen zusätzlich Konfliktpotential. Der mehrheitliche Beschluss des Bezirkes am 30.06.2022 zur Schließung des Sportplatzes am Sonntag ist aus Sicht der Grünen Alternativen der falsche Weg um mit öffentlichen Raum umzugehen.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht



**Wien, am 19.03.2026**

**Antrag**

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** nachstehenden Antrag:

## **Herklotzpark da geht mehr!**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats um die Aufsetzung eines Beteiligungsformats zur Verbesserung der Nutzbarkeit des Herklotz Parks. Dieses soll alle Anrainer:innen in der Umgebung miteinbeziehen.

Um Zuweisung in die Sozialkommission wird gebeten.

### **Begründung**

Das Grätzl rund um die Herklotzgasse ist nicht mit besonders vielen Grünflächen gesegnet. Der Herklotzpark ist in seiner derzeitigen Form jedoch für die meisten Anrainer:innen wenig attraktiv. Wir bitten hier gemeinsam um einen Weg den Park für mehr Menschen attraktiv zu gestalten und daher alle Stimmen zu Wort kommen zu lassen.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht



**Wien, am 19.03.2026**

**Antrag**

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** nachstehenden Antrag:

## **Licht für „Afterwork“ Tischtennis am Henriettenplatz**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats die Beleuchtung des Henriettenplatzes so zu adaptieren, dass der Tischtennistisch ausreichend Licht bekommt. Wir bitten um Überprüfung der Beleuchtung und gegebenenfalls Erweiterung oder Repositionierung.

### **Begründung**

Es gibt im Grätzl rund um den Henriettenplatz trotz einer Vielzahl an Schulen, Kindergärten und Vereinen sehr wenige Aufenthaltsflächen. Die vorhandene Fläche sollte dabei bestmöglich nutzbar sein. Der Henriettenplatz ist zwar beleuchtet, aber die Beleuchtung ist leider für die Nutzung des Tischtennistisches suboptimal positioniert. Wir bitten hier um eine Adaptierung, um auch in den Nachmittags- und Abendstunden den Menschen die Nutzung der Tische zu ermöglichen.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht



**Wien, am 19.03.2026**

**Antrag**

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** nachstehenden Antrag:

## **Installation einer wassergebundenen Wegedecke bei der Tischtennisplatte im Märzpark**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats die Installation einer wassergebundenen Wegedecke um die öffentliche Tischtennisplatte im Märzpark umzusetzen.

**Begründung:**

Die öffentliche Tischtennisplatte im Märzpark wird gerne von Jung und Alt genutzt. Sie steht auf einer Rasenfläche, deren Untergrund über die Zeit so verdichtet wurde, das Wasser nicht mehr richtig versickern kann. Die Platte ist derzeit zeitweise unbenutzbar und der Untergrund von Unebenheiten geprägt. Um eine Verbesserung der Spielbarkeit, sowie die Sicherheit beim Spiel zu gewährleisten, soll eine wassergebundene Wegedecke durch die MA42, wie auch im Auer-Welsbach-Park bereits vorhanden installiert, umgesetzt werden.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht



**Wien, am 19.03.2026**

**Antrag**

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** nachstehenden Antrag:

## **Licht für den Ballspielkäfig am Henriettenplatz**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats die Umsetzung einer insektenfreundlichen Beleuchtung für den Ballspielkäfig am Henriettenplatz zu prüfen und im Falle einer Umsetzbarkeit eine Kostenschätzung bereit zu stellen. Diese Beleuchtung soll die Nutzung des Käfigs während üblicher Nutzungszeiten ermöglichen.

Des Weiteren sollen der Bezirksvertretung Erfahrungen mit Bewegungsmeldern bei Ballspielkäfigen zur Verfügung gestellt werden.

### **Begründung**

Es gibt im Grätzl rund um den Henriettenplatz trotz einer Vielzahl an Schulen, Kindergärten und Vereinen sehr wenige Aufenthaltsflächen. Deshalb ist gerade die Ballspielanlage am Henriettenplatz besonders beliebt. Um die Nutzung des Ballspielkäfigs während der gesamten Öffnungszeit zu gewährleisten, bitten wir um die Installation einer entsprechenden Beleuchtung. Im Sinne der Energieeffizienz und des Insektenschutzes bitten wir hier um Bewegungsmelder und entsprechend schonendes Licht.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht



**Wien, am 19.03.2026**

**Antrag**

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** nachstehenden Antrag:

## **Provisorische Künettenverschließung: Kein sinnloses Zubetonieren in der Kranzgasse**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats nach den Bauarbeiten in der Kranzgasse (Februar bis April) die entstandenen Bohrungen nur provisorisch mittels Heißmischgut zu verschließen um dem Bezirk die Chance einer zukunftsfähigen Projektierung zu ermöglichen.

### **Begründung**

Die Umgestaltung der Äußeren „Mahü“ gibt dem Bezirk die Möglichkeit die Gefahrenstelle rund um die Straßenbahnstation Mariahilfer Straße/Geibelgasse zu entschärfen. Am Schulweg zwischen besagter Station und den drei Schulen Bildungscampus Flora Fries, Oskar Spiel Schule und BORG15 Henriettenplatz liegt jedoch die Kranzgasse.

In der Kranzgasse finden derzeit im Rahmen von Gasarbeiten Bohrungen statt. Die Bezirksvertretung hat sich mit überwältigender Mehrheit am 04.12.25 dafür ausgesprochen, im Zuge notwendiger straßenbaulicher Eingriffe Umgestaltungsmaßnahmen in der Planung zu berücksichtigen.

Nutzen wir die Chance und schaffen gemeinsam ein erfolgreiches Projekt zugunsten der Schüler:innen im Bezirk.

Die Kranzgasse zeichnet sich heute durch zu schmale Gehsteige und viele Gefahrenstellen bei der Querung aus. Die gerade, abschüssige Fahrbahn lädt

zusätzlich zu erhöhten Tempo ein und erzeugt ein weiteres Sicherheitsrisiko.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht



**Wien, am 19.03.2026**

**Antrag**

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** nachstehenden Antrag:

## **Taubenschlag Henriettenplatz**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats einen betreuten Taubenschlag auf dem Dach des BORG Henriettenplatz zu prüfen.

Um Einbindung der örtlichen Schule, der MA 42 und MA 60 sowie der Tierschutzaktivist:innen und Anrainer:innen im Bezirk wird im Rahmen des Umweltausschusses (Zuweisung) dringend ersucht.

### **Begründung**

Tauben sind ein wichtiger Teil des urbanen Ökosystems, und ein betreuter Taubenschlag stellt sicher, dass das Wohl der Tiere im Mittelpunkt steht und sie artgerecht versorgt werden. Ein betreuter Taubenschlag verbessert zudem nachweislich die Sauberkeit und Hygiene im öffentlichen Raum, da Fütterung und Brutkontrolle an einem zentralen Ort stattfinden und die Taubenpopulation tierschutzgerecht reguliert wird.

Weiters schafft das Projekt einen klaren Mehrwert für das Grätzl: weniger Verschmutzung, Entlastung der Anrainer\*innen und eine sichtbare ökologische Aufwertung des Platzes.

Durch die Einbindung der örtlichen Schule entsteht ein wertvoller Lernort für Umwelt- und Tierschutzbildung. Die Kooperation mit Tierschutzorganisationen stellt eine fachgerechte Betreuung sicher. Gleichzeitig stärkt die aktive

Beteiligung der Bezirksbevölkerung die Akzeptanz des Projekts und fördert das gemeinschaftliche Zusammenleben im Viertel.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht



**Wien, am 19.03.2026**

**Antrag**

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.03.2026** nachstehenden Antrag:

## **Wildblumen Henriettenplatz**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ersucht die zuständigen Stellen des Magistrats die Pflanzung von Wildblumen (Gelber Affodil/Junkerbilbe, Gelber Sonnenhut, Goldhaar-Aster und Vielfarbige Wolfsmilch) in einem Grünbeet am Henriettenplatz (Höhe Ordnungsnummer 2) zu beauftragen.

Für die detaillierte Ausarbeitung bitten wir um eine Zuweisung in den Umweltausschuss.

### **Begründung**

Wildblumen dienen neben optischer Reize diversen Stadtkleintieren als Nahrungsquelle und Aufenthaltsraum. Ein Wildblumenbeet kann den Henriettenplatz für Mensch und Tier entscheidend aufwerten. Wir freuen uns gemeinsam mit allen Fraktionen auf die Erarbeitung einer bestmöglichen Umsetzung für die Anwohner:innen und die Tier- und Pflanzenwelt.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht



**DIE GRÜNEN  
GRÜNE ALTERNATIVE  
RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS**

**Wien, am 19.3.2026**

**Antrag** Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **26.3.2026** nachstehenden Antrag:

**Menschenrechtsbezirk Rudolfsheim-Fünfhaus**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus möge beschließen:

1. Der 15. Bezirk erklärt sich zum Menschenrechtsbezirk und nimmt am Wiener Prozess „*Menschenrechtsbezirke*“ teil.
2. Menschenrechte werden als verbindliches Leitprinzip für politische Entscheidungen, Planungen und Verwaltungsabläufe im Bezirk verankert.
3. Zur Umsetzung wird eine überparteiliche Arbeitsgruppe „Menschenrechte“ eingerichtet, die gemeinsam mit Einrichtungen im Bezirk sowie Expert:innen konkrete Maßnahmen erarbeitet und bis Ende des kommenden Jahres einen Maßnahmenkatalog vorlegt.
4. Die Bezirksvertretung verpflichtet sich, jährlich über Fortschritte, Maßnahmen und weitere Schritte zu berichten, um den Prozess transparent, überprüfbar und nachhaltig zu gestalten.

**Begründung:**

Rudolfsheim-Fünfhaus ist ein vielfältiger, dynamischer und sozial durchmischter Bezirk mit hoher Bevölkerungsdichte und einer großen Zahl an Familien mit internationaler Geschichte. Diese Vielfalt ist eine Stärke, verlangt jedoch gezielte Maßnahmen, um Chancengleichheit, Teilhabe und ein gutes Zusammenleben sicherzustellen.

Die Erklärung zum Menschenrechtsbezirk sowie die Teilnahme am Wiener Prozess „*Menschenrechtsbezirke*“ schaffen einen klaren Rahmen, um Diskriminierung entgegenzuwirken, Bildungschancen zu verbessern, den öffentlichen Raum inklusiver zu gestalten und die Lebensqualität für alle Menschen im Bezirk zu erhöhen.

In Kooperation mit dem Wiener Menschenrechtsbüro wird ein strukturierter Prozess gestartet, der darauf abzielt,

- Diskriminierung abzubauen,
- Teilhabe zu stärken,
- den Zugang zu Bildung, Information und Unterstützung zu verbessern,
- und lokale Akteur:innen sowie Zivilgesellschaft konsequent einzubeziehen.

Durch die Einrichtung einer überparteilichen Arbeitsgruppe und regelmäßige Berichterstattung wird gewährleistet, dass der Prozess transparent, überprüfbar und nachhaltig gestaltet wird.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht

**Klub der Freiheitlichen Bezirksräte  
Wien - Rudofsheim-Fünfhaus**



**An die  
Bezirksvorsteherung  
Rudofsheim-Fünfhaus  
Gassgasse 8-10  
1150 Wien**

**Betrifft: Antrag der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 26.03.2026 bezüglich  
Baumpflanzung in der Wurzbachgasse vor der ONr. 24**

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

**A N T R A G**

Die zuständigen Magistratsabteilungen mögen die Pflanzung eines Baums anstelle einer kaum genutzten Radabstellanlage auf der Fahrbahn in der Wurzbachgasse vor der ONr. 24 (gleich von der Gablenzgasse kommend links) prüfen.

**B E G R Ü N D U N G**

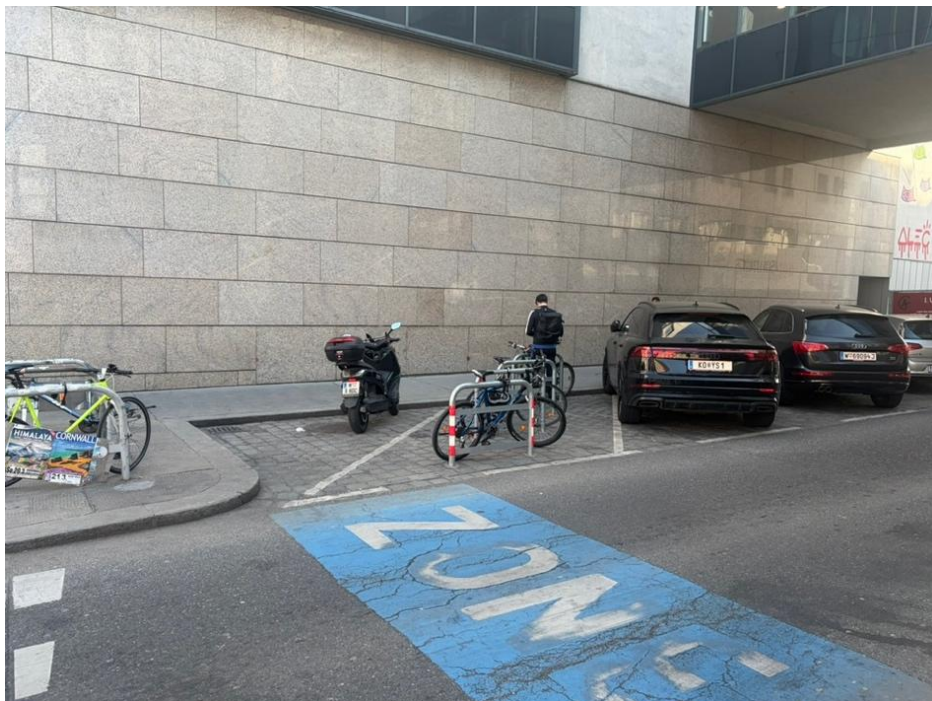
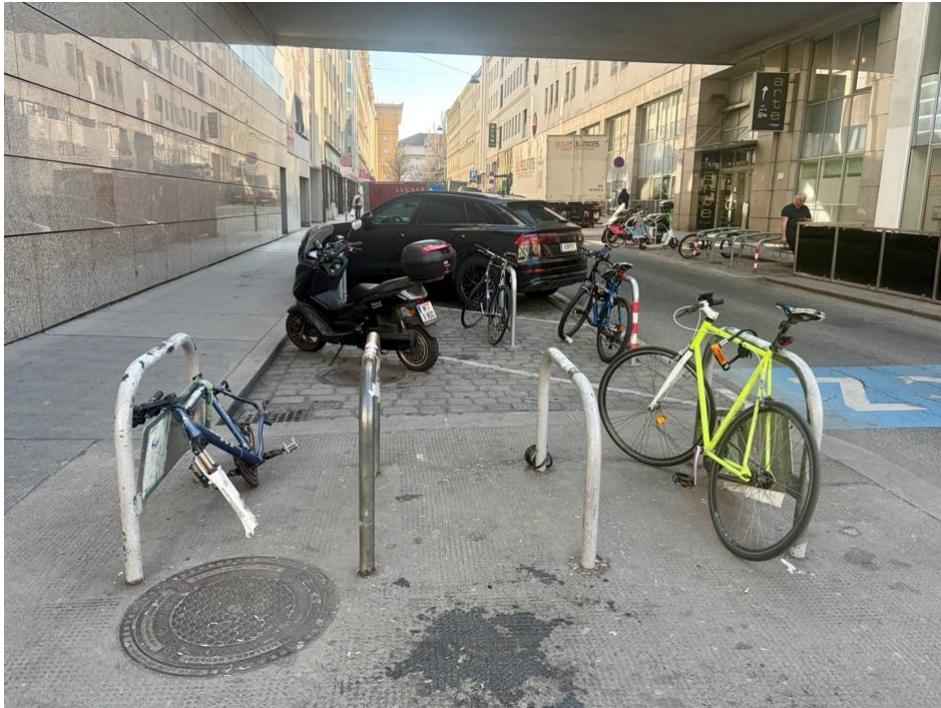
In diesem Bereich befinden finden sich insgesamt vier Radabstellanlagen, die kaum genutzt werden, wie auf den beiliegenden Fotos zu erkennen ist.

Stattdessen könnte man einen Baum pflanzen, der zur Verbesserung des Mikroklimas und zur Abkühlung in dieser Gasse beitragen würde.

Ing. Manfred R. Dvořák  
Klubobmann

Dr. Günther Mück  
Klubobmann-Stv.

Anhang:



**An die  
Bezirksvorsteherung  
Rudofsheim-Fünfhaus  
Gassgasse 8-10  
1150 Wien**

**Betrifft: Antrag der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 26.03.2026 bezüglich  
Durchführung von Geschwindigkeitsmessungen hinsichtlich des Fahrzeugverkehrs in  
der Johnstraße Fahrtrichtung Oeverseestraße**

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

## **A N T R A G**

Die zuständigen Magistratsabteilungen mögen sicherstellen, dass im Bereich des 15. Bezirks in der Johnstraße, Onr. 40 und Kreuzung Johnstraße/Hütteldorferstraße bei der dort befindlichen Schutzinsel hinsichtlich des Fahrzeugverkehrs in Fahrtrichtung Oeverseestraße (Messrichtung Märzstraße) Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt werden.

## **B E G R Ü N D U N G**

Bewohner dieses Straßenzuges berichten über erhebliche Lärmbelastungen durch Kfz-Verkehr, **insbesondere durch vermeidbaren Lärm wegen Fahrzeugbeschleunigungen.**

Zur objektiven Beurteilung der tatsächlichen Verkehrssituation sind nachvollziehbare Geschwindigkeitsmessungen erforderlich. Nur auf Grundlage valider Messdaten kann beurteilt werden, ob und in welchem Ausmaß Geschwindigkeitsüberschreitungen vorliegen.

Ziel ist es, die tatsächliche Geschwindigkeitssituation zu dokumentieren um auf Grundlage dieser Ergebnisse ggf. Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu ermöglichen.

Erwin Starkl  
Bezirksrat

Dr. Günther Mück  
Klubobmann-Stv

Ing. Manfred R. Dvořák  
Klubobmann

**Beilage:** Antrag der FPÖ/BV Sitzung 26.03.2026, Geschwindigkeitsmessungen  
Johnstraße



**An die  
Bezirksvorsteherung  
Rudofsheim-Fünfhaus  
Gagasse 8-10  
1150 Wien**

**Betrifft:** Antrag der FPÖ-Fraktion zur Bezirksvertretungssitzung am 26.03.2026 bezüglich  
**Verordnung Schrägparken in der Pouthongasse, Hausnrn. 14-16**

Die unterzeichneten Bezirksräte stellen gem. § 24 GO-BV nachstehenden

## **A N T R A G**

Die MA 46 wird ersucht, in der Pouthongasse vor den Hausnummern 14- 16 an Stellen die ausreichend breit sind, unverzüglich die Anordnung einer Schrägparkordnung per Bodenmarkierung oder Straßenverkehrszeichen zu prüfen.

## **B E G R Ü N D U N G**

Jahrelang wurde in der Pouthongasse bei der bezeichneten Örtlichkeit an ausreichend breiter Straßenstelle trotz fehlender anordnender Bodenmarkierungen / Straßenverkehrszeichen schräg geparkt (siehe angehängtes Foto).

Dadurch wurde der Parkraum bestmöglich genutzt und die Anrainer hatten ausreichend Parkraum zur Verfügung.

Da das Schrägparken nur bei Vorhandensein entsprechender Bodenmarkierungen bzw. Straßenverkehrszeichen erlaubt ist, könnten von der Parkraumüberwachung Strafen verhängt werden, da eigentlich parallel geparkt sein müsste. Außerdem ist es in der Vergangenheit auch vorgekommen, dass von Ortsunkundigen parallel geparkt wurde und dadurch gegenseitige Behinderungen parkender Autos auftraten.

Die Einführung der Schrägparkordnung in der Pouthongasse würde für Klarheit sorgen und wäre ein sinnvoller Beitrag, den vorhandenen Parkraum gut zu nützen.

Außerdem werden durch verminderte Parkplatzsuchfahrten Abgase vermieden, was zur Erhöhung der Umweltqualität beitragen würde.

Ing. Manfred R. Dvořák  
Klubobmann

Dr. Günther Mück  
Klubobmann-Stv.

Anhang:



## Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

### Antrag

#### *Durchführung einer gemeinsamen Begehung des Areals rund um die U6-Station Gumpendorfer Straße unter Einbindung der Polizei*

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. März 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

*Der Bezirksvorsteher wird ersucht, gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Landespolizeidirektion Wien eine Begehung des Areals rund um die U6-Station Gumpendorfer Straße unter Einbindung der Bezirksvertretung zu organisieren. Ziel dieser Begehung ist es, sich vor Ort ein gemeinsames Bild der aktuellen Situation zu machen, Einschätzungen der Polizei zu möglichen sicherheitsrelevanten Entwicklungen einzuholen sowie gemeinsam geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu erörtern.*

#### **Begründung:**

Das Umfeld der U6-Station Gumpendorferstraße stellt einen zentralen Verkehrsknotenpunkt in Rudolfsheim-Fünfhaus dar und wird täglich von zahlreichen Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Pendlerinnen und Pendlern genutzt. Gleichzeitig ist die Situation rund um die Station seit längerer Zeit Gegenstand öffentlicher Diskussionen und wird auch in der Bezirksvertretung immer wieder thematisiert.

Insbesondere Anrainerinnen und Anrainer berichten seit Jahren von Belastungen im Umfeld der Station. Begleiterscheinungen der Drogenszene sowie entsprechende Entwicklungen im öffentlichen Raum werden von vielen Menschen im Grätzl als zunehmend problematisch wahrgenommen. Auch in den Medien wird regelmäßig auf die Situation rund um die U6-Station Gumpendorferstraße hingewiesen.

Als Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus ist es unsere Aufgabe diese Anliegen ernst zu nehmen und gemeinsam mit den zuständigen Behörden nach Lösungen zu suchen. Gerade an stark frequentierten Verkehrsknotenpunkten braucht es besondere Aufmerksamkeit im Hinblick auf Sicherheit, Ordnung und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum.

Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, gemeinsam mit der Polizei eine Begehung des Areals durchzuführen, um sich vor Ort ein aktuelles Bild der Lage zu machen, die Einschätzung der Sicherheitsbehörden einzuholen und mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation zu besprechen. Ziel ist es, gemeinsam konkrete Schritte zu setzen, um die Sicherheit und Lebensqualität im Grätzl nachhaltig zu stärken.



**BR Felix Ofner, MA**  
**Bezirksparteiobmann**



**BR Ahmet Bozkurt, MA**  
**Klubobmann**

## Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

# Antrag

### *Begrünung der Sperrfläche in der Diefenbachgasse 28 sowie Prüfung der Aufstellung einer Parkbank*

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. März 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

*Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die bestehende Sperrfläche in der Diefenbachgasse 28 im 15. Wiener Gemeindebezirk zu begrünen. Darüber hinaus soll im Bereich dieser Fläche eine Parkbank aufgestellt werden.  
Um Zuweisung wird ersucht.*

### **Begründung:**

Die Aufwertung von kleineren Flächen im öffentlichen Raum kann einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Grätzl leisten. Gerade in dicht verbauten Bezirken wie Rudolfsheim-Fünfhaus sind zusätzliche Begrünungsmaßnahmen von besonderer Bedeutung.

Gerade in der Diefenbachgasse und im umliegenden Gebiet befinden sich mehrere Bildungseinrichtungen und Schulen. Eine zusätzliche Sitzmöglichkeit könnte daher sowohl für Schülerinnen und Schüler als auch für Anrainerinnen und Anrainer eine sinnvolle Ergänzung im öffentlichen Raum darstellen.

Die Prüfung einer Begrünung der Fläche sowie der möglichen Aufstellung einer Parkbank erscheint daher als zweckmäßige Maßnahme zur weiteren Attraktivierung des Grätzls.



**BR Felix Ofner, MA**  
**Bezirksparteiobmann**

**BR Ahmet Bozkurt, MA**  
**Klubobmann**

## Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

### Antrag

*Beflaggung des Amtshauses mit der Europaflagge anlässlich des Europatages am 9. Mai sowie deren Aufrechterhaltung für die Dauer eines Monats*

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. März 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

*Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, das Amtshaus im 15. Wiener Gemeindebezirk am 9. Mai, anlässlich des Europatages, mit der Europaflagge zu beflaggen und diese Beflaggung für die Dauer von einem Monat aufrechtzuerhalten.*

### Begründung:

Europa ist auch für den Bezirk Rudolfsheim-Fünfhaus ein zentraler politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bezugspunkt. Die europäische Zusammenarbeit steht für Stabilität, ermöglicht grenzüberschreitende Mobilität und eröffnet vielfältige Chancen für die Menschen vor Ort.

Gerade in einem so vielfältigen und dynamischen Bezirk ist es von besonderer Bedeutung, diese europäische Zugehörigkeit auch im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Die Beflaggung des Amtshauses anlässlich des Europatages setzt ein klares und sichtbares Zeichen für die europäische Idee und unterstreicht deren Relevanz auf lokaler Ebene.

Zudem fällt der Zeitraum rund um den Europatag mit dem international stark beachteten Eurovision Song Contest (12.05 – 16.05.) zusammen, der zahlreiche Besucherinnen und Besucher nach Wien und somit in den Bezirk bringt. Eine über den Europatag hinausgehende Beflaggung für die Dauer eines Monats bietet daher die Möglichkeit, die europäische Identität des Bezirks auch gegenüber internationalen Gästen sichtbar zu machen und Rudolfsheim-Fünfhaus als europäischen Teil der Stadt Wien zu präsentieren.

Die vorgeschlagene Maßnahme stellt somit einen niederschweligen, zugleich jedoch wirkungsvollen Beitrag zur Stärkung der Sichtbarkeit Europas im Bezirk dar.



**BR Felix Ofner, MA**  
Bezirksparteiobmann



**BR Ahmet Bozkurt, MA**  
Klubobmann

## Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

# Antrag

### *Schaffung einer Kiss and Ride Zone in der Fünfhausgasse 17*

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. März 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

*Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, im Bereich Fünfhausgasse 17 im 15. Wiener Gemeindebezirk Rudolfsheim-Fünfhaus eine Kiss & Ride Zone einzurichten. Diese soll insbesondere während der Schulzeiten, an Schultagen zwischen 07:00 und 08:00 Uhr, als kurzfristige Haltezone für Eltern dienen, um ein sicheres Bringen von Kindern zur Schule zu ermöglichen.*

*Um Zuweisung in den Verkehrsausschuss wird ersucht.*

### **Begründung:**

Die Sicherheit von Kindern auf ihrem Schulweg stellt ein zentrales Anliegen für viele Familien im Bezirk dar. Insbesondere im Bereich rund um die U6-Station Gumpendorferstraße wird von Eltern und Schülerinnen und Schülern immer wieder auf problematische Situationen am Schul- bzw. Heimweg hingewiesen. Auch ein Schreiben des Schulsprechers der Schule in der Friesgasse hat diese Problematik deutlich aufgezeigt. Demnach fühlen sich viele Kinder auf ihrem Weg zur Schule unsicher, insbesondere bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel rund um die U6-Station Gumpendorferstraße. Aus diesem Grund entscheiden sich zahlreiche Eltern dazu, ihre Kinder mit dem Auto zur Schule zu bringen. Derzeit fehlt jedoch eine geeignete Möglichkeit für ein kurzes und sicheres Halten im unmittelbaren Schulumfeld.

Die Einrichtung einer Kiss & Ride Zone in der Fünfhausgasse 17, insbesondere in den Morgenstunden an Schultagen, könnte dazu beitragen, den Bringverkehr geordnet zu gestalten und gleichzeitig die Sicherheit der Kinder auf ihrem Schulweg zu erhöhen. Eine entsprechende Umsetzung durch die zuständigen Magistratsdienststellen erscheint daher als zweckmäßige Maßnahme.



**BR Felix Ofner, MA**  
**Bezirksparteiobmann**



**BR Ahmet Bozkurt, MA**  
**Klubobmann**

## Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

### Antrag

#### *Benennung der Parkanlage in der Avedikstraße 13-17 im 15. Bezirk in „Martha-Reichel-Park“*

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen bezüglich der Benennung der Parkanlage (Avedikstraße 13-17) im 15. Bezirk in „Martha-Reichel-Park“ in Rudolfsheim-Fünfhaus zur Bezirksvertretungssitzung am 26. März 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

*Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, die unbenannte Parkanlage im 15. Wiener Gemeindebezirk, konkret jene Anlage mit der Adresse Avedikstraße 13-17, nach **Frau Prof. Martha Reichel** zu benennen und die entsprechenden Schritte zur Umsetzung einer „**Martha-Reichel-Park**“-Benennung einzuleiten.*

*Um Zuweisung in die Kulturkommission wird ersucht.*

### Begründung:

Frau Prof. Martha Reichel (16. Oktober 1924 - 29. November 2017) war die erste Frau die das Amt als Bezirksvorsteher-Stellvertreterin in Rudolfsheim-Fünfhaus innehatte und damit eine Pionierin der politischen Partizipation von Frauen in unserem Bezirk. Sie verbrachte ihr gesamtes Leben im 15. Bezirk, engagierte sich in verschiedenen Organisationen und Institutionen und prägte den Bezirk über Jahrzehnte hinweg politisch, gesellschaftlich und karitativ.

Als Bezirksrätin sowie Bezirksvorsteher-Stellvertreterin (1987–1991) setzte sie sich mit großem Engagement für die Anliegen der Bezirksbevölkerung ein. Ihr politisches Wirken war stets von Sachlichkeit, Bürgernähe und einem ausgeprägten sozialen Verantwortungsbewusstsein getragen. Darüber hinaus war sie als Religionslehrerin, Pfarrgemeinderätin in der Pfarre Fünfhaus (Maria vom Siege), Schülerlotsin sowie langjährige Obfrau des Seniorenbundes Wien 1150 tätig. Für ihr Engagement als Schülerlotsin wurde sie im Jahr 2007 mit dem Frauenpreis „Veronika“ ausgezeichnet. Besonders hervorzuheben ist ihr vielfältiges soziales Engagement, unter anderem durch die Organisation von Besuchsdiensten am Heiligen Abend für Krankenhauspersonal sowie ihre Unterstützung von Mieterinnen und Mietern im Zuge von Umsiedlungen während der Errichtung der Lugner City. Frau Prof. Martha Reichel war Mutter von vier Kindern und verkörperte in beispielhafter Weise die Verbindung von Familie, Beruf, Ehrenamt und kommunalpolitischem Einsatz.

Ihr Wirken war untrennbar mit Rudolfsheim-Fünfhaus verbunden. Die Benennung einer Parkanlage nach Prof. Martha Reichel stellt eine würdige Anerkennung ihres langjährigen Engagements für den Bezirk dar und setzt ein sichtbares Zeichen für bürgerschaftlichen Einsatz und lokale Verbundenheit.



**BR Felix Ofner, MA**  
**Bezirksparteiobmann**



**BR Ahmet Bozkurt, MA**  
**Klubobmann**

## Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus



## Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

# Antrag

### *Einführung des Modells „Nette Toilette“ im 15. Wiener Gemeindebezirk*

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 26. März 2026 gem. GO-BV §24, folgenden Antrag:

*Die zuständigen Magistratsdienststellen der Stadt Wien werden ersucht, das Modell der sogenannten „Netten Toilette“, bei dem Gastronomiebetriebe ihre Toiletten auch Passantinnen und Passanten kostenlos zugänglich machen und dafür von der Stadt eine Unterstützung erhalten, im 15. Wiener Gemeindebezirk verstärkt umzusetzen. Dabei sollen insbesondere Gastronomiebetriebe im Umfeld der Wiener Stadthalle sowie in stark frequentierten Bereichen des Bezirks, etwa entlang der äußeren Mariahilfer Straße, in ein entsprechendes Modell eingebunden werden.*

### **Begründung:**

Immer wieder stellt sich für Bewohnerinnen und Bewohner sowie Besucherinnen und Besucher des Bezirks die Frage nach schnell zugänglichen und kostenfreien Toiletten im öffentlichen Raum. Gerade in dicht verbauten Bezirken wie Rudolfsheim-Fünfhaus ist die Errichtung zusätzlicher öffentlicher WC-Anlagen oft schwierig, etwa aufgrund fehlender Flächen oder notwendiger Infrastruktur.

Vor diesem Hintergrund wird in Wien das Modell der sogenannten „Netten Toilette“ diskutiert. Dabei stellen Gastronomiebetriebe ihre Toiletten auch Passantinnen und Passanten ohne Konsumation zur Verfügung und erhalten dafür eine Unterstützung durch die Stadt. Dieses Modell kann eine pragmatische Ergänzung zu bestehenden öffentlichen WC-Anlagen darstellen.

Gerade im Umfeld der Wiener Stadthalle, wo regelmäßig große Konzerte und Veranstaltungen stattfinden, ist die Nachfrage nach öffentlich zugänglichen sanitären Einrichtungen besonders hoch. Auch im Hinblick auf den bevorstehenden Eurovision Song Contest 2026, der zahlreiche internationale Gäste nach Wien und in den 15. Bezirk bringen wird, gewinnt eine entsprechende Infrastruktur zusätzlich an Bedeutung.

Ein solches Modell könnte somit zur Verbesserung des Serviceangebots im öffentlichen Raum beitragen und gleichzeitig lokale Gastronomiebetriebe stärker einbinden und diese zusätzlich wirtschaftlich fördern. Gleichzeitig würde damit ein Beitrag zu einer besucherfreundlichen und gut organisierten Stadt geleistet werden.



**BR Felix Ofner, MA**  
**Bezirksparteiobmann**



**BR Ahmet Bozkurt, MA**  
**Klubobmann**



Wien, am 25.03.2026

Antrag

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrät:innen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am 26.03.2026 nachstehenden Antrag:

## Wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation rund um den Dadlerpark im Sinne von Anrainer:innen, Kindern und Jugendlichen sowie suchterkrankten Menschen

Die Bezirksvertretung fordert alle zuständigen Stellen der Stadt Wien mit Nachdruck auf, unverzüglich wirksame, ganzheitliche und nachhaltige Maßnahmen zu setzen, um die Situation rund um den Dadlerpark im 15. Bezirk zu verbessern. Ziel ist es, sowohl die berechtigten Anliegen der Anrainer\*innen als auch die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sowie von suchterkrankten Menschen ernst zu nehmen und bei der Erarbeitung von Maßnahmen zu berücksichtigen.

### Begründung

Seit mehreren Monaten kommt es im Umfeld des Dadlerparks zu einer deutlichen Zunahme von offenem Drogenkonsum und -verkauf. Zahlreiche Rückmeldungen von Anrainer:innen herangetragen, unter anderem an Juvivo, SAM und den zuständigen Grätzpolizisten, dokumentieren eine anhaltende Belastungssituation. Trotz dieser Hinweise und Beschwerden über den bestehenden Nutzungskonflikt konnten bislang keine spürbaren Verbesserungen erreicht werden.

Nach übereinstimmenden Beobachtungen dürfte es zu einer Verdrängung suchterkrankter Personen aus dem Bereich der Gumpendorfer Straße in Richtung Rudofsheim-Fünfhaus gekommen sein. Diese Entwicklung zeigt einmal mehr, dass punktuelle Maßnahmen oder reine Verdrängungspolitik keine nachhaltigen Lösungen darstellen. Stattdessen braucht es evidenzbasierte, sozialarbeiterisch begleitete und gesundheitspolitisch sinnvolle Maßnahmen, wie sie auch von Expert:innen und den Grünen seit Jahren gefordert werden.

Die aktuelle Situation belastet sowohl Anrainer:innen, die sich um Sicherheit, Sauberkeit und Lebensqualität sorgen, als auch Kinder und Jugendliche, die sowohl die Parks nutzen als Freiraum, aber auch umliegende Schulen und Kindergärten besuchen.

Um die Lage für alle Beteiligten zu verbessern, braucht es ein koordiniertes, ressortübergreifendes Vorgehen der Stadt Wien. Auf dieses wartet der Bezirk seit geraumer Zeit.

Die Grünen Rudofsheim-Fünfhaus nehmen die Sorgen der Bevölkerung ernst und erwarten von der Stadt Wien, dass sie ihrer Verantwortung nachkommt und zeitnah konkrete, wirksame und menschenrechtskonforme Schritte setzt, um die Situation im Sinne aller zu verbessern.

Katharina Schöll-Laussermayer

Saskia Honisch-Knecht

## **Resolution**

Die Fraktion der SPÖ Rudolfsheim-Fünfhaus stellt gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung in der Sitzung der Bezirksvertretung des 15. Bezirks folgende Resolution:

### **Umwidmungen von Wohnraum beschränken**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus setzt sich dafür ein, dass vorhandener Wohnraum bestmöglich erhalten bleibt und vorrangig der Wohnbevölkerung zur Verfügung steht.

Begründung:

Rudolfsheim-Fünfhaus ist ein dicht besiedelter und wachsender Bezirk, in dem leistbarer Wohnraum eine zentrale Voraussetzung für soziale Stabilität, Lebensqualität und eine ausgewogene Stadtentwicklung darstellt. Gleichzeitig ist in den vergangenen Jahren vermehrt zu beobachten, dass bestehende Wohnflächen in Beherbergungsbetriebe – etwa Hotels, Serviced Apartments oder ähnliche kurzfristige Beherbergungsformen – umgewidmet werden sollen.

Solche Entwicklungen können dazu führen, dass wertvoller Wohnraum dauerhaft dem Wohnungsmarkt entzogen wird. Gerade in einem Bezirk wie Rudolfsheim-Fünfhaus, in dem die Nachfrage nach leistbaren Wohnungen besonders hoch ist, ist es daher von großer Bedeutung, dass Umwidmungen von Wohnnutzungen sorgfältig geprüft und im Sinne der langfristigen Wohnversorgung der Bevölkerung bewertet werden.

Die Bauordnung für Wien sieht klare Regelungen für Nutzungsänderungen vor. Dennoch zeigt sich in der Praxis, dass Umwidmungen von Wohnflächen zu Beherbergungszwecken immer wieder zu Diskussionen führen, insbesondere wenn dadurch bestehender Wohnraum verloren geht oder sich die Struktur von Wohnhäusern nachhaltig verändert.

Vor diesem Hintergrund spricht sich die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus dafür aus, dass die Stadt Wien in enger Abstimmung mit dem 15. Bezirk sämtliche Umwidmungen von Wohnnutzungen zu Beherbergungsbetrieben gemäß den Bestimmungen der Wiener Bauordnung besonders sorgfältig prüft und begutachtet.

Ziel dieser engen Zusammenarbeit zwischen Stadt und Bezirk muss es sein,

- den Erhalt von Wohnraum sicherzustellen,
- Umwidmungen von Wohnraum zu beschränken,
- leistbaren Wohnraum im Bezirk zu schützen und zu fördern, und
- die Interessen der bestehenden Wohnbevölkerung angemessen zu berücksichtigen.

Gerade in einem innerstädtisch geprägten Bezirk wie Rudolfsheim-Fünfhaus ist ein verantwortungsvoller Umgang mit vorhandenen Wohnflächen ein entscheidender Beitrag zu einer nachhaltigen und sozial ausgewogenen Stadtentwicklung.

Jakob Jensen-Lehner

Klubobmann

## Klub der ÖVP in der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus

# Resolution

### *Stärkung der Deutschförderung in Kindergärten in Rudolfsheim-Fünfhaus*

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der Fraktion der ÖVP Rudolfsheim-Fünfhaus stellen gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen in Verbindung mit § 104 der Wiener Stadtverfassung in der Bezirksvertretungssitzung am 26.03.2026 folgenden Resolutionsantrag:

*Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus spricht sich für eine Stärkung der Deutschförderung in den Kindergärten im Bezirk aus.*

### **Begründung:**

Erstmals sind im aktuellen Schuljahr 2025/26 mehr als die Hälfte der Schulanfänger (51 Prozent) in Wiens öffentlichen Volksschulen außerordentliche Schüler. Diese verfügen über zu geringe Deutschkenntnisse, um dem Unterricht regulär folgen zu können, und müssen daher eine Deutschförderklasse oder einen Deutschförderkurs besuchen. Betrachtet man die Entwicklung in den Bezirken im Detail, zeigen sich nahezu überall deutliche Steigerungen (veröffentlichte Zahlen in „Der Standard“ vom 27.02.2026).

Auch in Rudolfsheim-Fünfhaus ist diese Entwicklung klar erkennbar. Die Zahl der außerordentlichen Schulanfänger ist seit dem Schuljahr 2020/21 von 60,34 Prozent auf rund 65 Prozent im aktuellen Schuljahr 2025/26 gestiegen. Das entspricht einem relativen Zuwachs von 7,72 Prozent innerhalb von fünf Jahren unter SPÖ-NEOS-Verantwortung. Rund 51 Prozent dieser Kinder sind bereits in Österreich geboren und haben hier mehr als zwei Jahre einen Kindergarten besucht. Dennoch verfügen viele von ihnen zum Schuleintritt nicht über ausreichende Deutschkenntnisse.

Gerade in Kindergärten mit hohem Deutschförderbedarf ist eine eigene Sprachförderkraft entscheidend, um eine gezielte und systematische Sprachförderung sicherzustellen, die im regulären Gruppengeschehen oft nicht in ausreichendem Maß möglich ist. Eine zusätzliche Fachkraft ermöglicht es, individuell auf Sprachstände einzugehen, Defizite frühzeitig zu erkennen und damit bessere Startchancen beim Schuleintritt zu schaffen. Gleichzeitig entlastet sie das pädagogische Stammpersonal und stärkt Chancengerechtigkeit sowie nachhaltigen Bildungserfolg von Beginn an.

Jedes Kindergartenkind in Rudolfsheim-Fünfhaus mit festgestelltem Deutschförderbedarf soll auch eine qualifizierte Sprachförderung erhalten. Derzeit erhält jedoch rund ein Drittel dieser Kinder mangels qualifizierter Sprachförderkräfte überhaupt keine Deutschförderung im Kindergarten. Daher sollte jeder Kindergarten im Bezirk mit einer hohen Anzahl an Kindern mit Deutschförderbedarf über eine eigene Sprachförderkraft verfügen.



**BR Felix Ofner, MA**  
**Bezirksparteiobmann**



**BR Ahmet Bozkurt, MA**  
**Klubobmann**



## **Nein zum militärischen Angriffskrieg gegen den Iran – Solidarität mit der Zivilbevölkerung**

**Die Bezirksrät:innen von KPÖ/LINKS Rudolfsheim-Fünfhaus stellen in der Sitzung der Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus am 26.03.2026 den folgenden**

### **RESOLUTIONSANTRAG**

Die Bezirksvertretung Rudolfsheim-Fünfhaus unterstützt uneingeschränkt das Selbstbestimmungsrecht der Menschen weltweit, ihre politischen und sozialen Verhältnisse selbst zu verändern.

Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit können nicht durch militärische Interventionen von außen erreicht werden, sondern nur durch gesellschaftliche Veränderungen von unten und durch internationale Solidarität.

Gleichzeitig verurteilen wir politische Repression, soziale Ungleichheit und die Unterdrückung demokratischer und feministischer Bewegungen egal um welches Regime es sich handelt.

Wir stellen uns gegen eine Politik von Krieg, Sanktionen und geopolitischer Machtpolitik, die die Zivilbevölkerung trifft.

### **Begründung**

In den letzten Tagen und Wochen ist es zu einer massiven militärischen Eskalation zwischen den USA, Israel und der Islamischen Republik Iran gekommen. Israel und die USA führten koordinierte militärische Angriffe auf Ziele im Iran durch, während der Iran mit Vergeltungsschlägen reagierte. Diese Entwicklung erhöht die Gefahr eines regionalen Flächenbrandes im Nahen Osten erheblich.

Wir verurteilen jeden militärische Angriff auf einen anderen Staat – wir verurteilen also auch den Angriff seitens der USA und Israels im Iran, der die Zivilbevölkerung gefährdet und die Gefahr eines großflächigen Krieges erhöht.

Militärische Interventionen unter dem Vorwand von Sicherheitspolitik oder geopolitischer Stabilität haben in der Vergangenheit immer wieder zu katastrophalen humanitären Folgen geführt. Sie destabilisieren Gesellschaften, zerstören Infrastruktur und verschärfen soziale Konflikte.

Gleichzeitig darf die Repression des iranischen Regimes gegen die eigene Bevölkerung nicht instrumentalisiert werden, um militärische Angriffe zu legitimieren. Darüberhinaus werden von vielen Expert:innen die Angriffe der USA und Israels auf Ziele im Iran als Bruch des Völkerrechts bewertet.

Die Protestbewegungen im Iran der letzten Jahre haben gezeigt, dass Forderungen nach Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und demokratischen Rechten aus der iranischen Gesellschaft selbst entstehen.

Eine nachhaltige Lösung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Krisen im Iran kann nur durch demokratische Bewegungen im Land selbst erreicht werden – nicht durch Krieg.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Antje Hoff', written in a cursive style.